

NEU Libyen EU und Deutschland müssen auf der Seite des Parlaments und der Bevölkerung stehen

Antragsteller*innen:

Antragstext

1 Verschiedenste globale und regionale Player versuchen seit 2011 in Libyen ihre
2 Interessen durchzusetzen - ohne jede Rücksicht auf die libysche Bevölkerung.

3 Bündnis90/Die Grünen sollen sich zukünftig dafür einsetzen, dass die
4 Bundesrepublik die libysche Bevölkerung und ihre demokratisch gewählten
5 Repräsentanten im Libyenkonflikt unterstützt. Innerhalb der EU hat sich
6 Frankreich schon längst an die Seite des Militärs (LNA), das im Auftrag des
7 libyschen Parlamentes kämpft, gestellt.

8 Zur Erinnerung - bei den Wahlen 2014 hat die libysche Bevölkerung eindeutig die
9 Moslembrüder abgelehnt, die von insgesamt 188 Sitze gerade einmal 30 Sitze
10 erhielt. Von den verbliebenen Sitzen gingen 158 an säkulare Kandidaten. Aus
11 diesem Grunde wurde das gewählte Parlament vom militärischen Arm der
12 Moslembrüder, der Libyan Islamic Fighting Group (LIFG), also den Dschihadisten
13 unter Führung des al-Kaida-Mannes Belhadsch, aus Tripolis vertrieben und musste
14 nach Bengasi flüchten.

15 Mittlerweile hat das libysche Parlament die Muslimbruderschaft als
16 terroristische Gruppierung eingestuft, die extremistische Gruppierungen anführt.
17 Ihrer Ansicht nach trete die Muslimbruderschaft nicht an für Demokratie und
18 halte sich nicht an demokratische Spielregeln. Sie wollten lediglich den
19 Staatsapparat kontrollieren.

20 Die LNA wurde aufgrund eines Beschlusses des libyschen Parlaments eingesetzt
21 und von diesem gewählten Parlament zur offiziellen libyschen Armee erklärt.
22 Zuvor hatten die Islamisten das Ergebnis von 2014 nicht anerkannt und zwecks
23 Machterhalt in Tripolis und Westlibyen einen Bürgerkrieg entfesselt. Das vom
24 Volk gewählte libysche Parlament musste aus Tripolis flüchten und in den Osten
25 des Landes übersiedeln.

26 In Tripolis setzte sich eine selbsternannte ‚Regierung‘ an die Macht, die aus
27 Moslembrüdern und gut vernetzten al-Kaida und ähnlichen Organisationen bestand.
28 Dieser militärische Flügel schloss sich zur Libyan Islamic Fighting Group (LIFG)
29 zusammen. Viele Umfragen in der libyschen Bevölkerung belegen, dass die
30 Moslembrüder sowie das Wirken der Türkei in der libyschen Bevölkerung unbeliebt
31 sind.

32 Die Allianz der libyschen Nationalversammlung, der eine Reihe von Organisationen
33 der Zivilgesellschaft, nationalen Parteien, Menschenrechtsverbänden,
34 Schriftstellern, Forschern, Diplomaten und Akademikern angehören, hat eine
35 Stellungnahme abgegeben, die von über 200 Personen des öffentlichen Lebens in
36 Libyen, wie Organisationen der Zivilgesellschaft, nationale Parteien,
37 Menschenrechtsverbände, Schriftsteller, Wissenschaftler, Diplomaten und
38 Akademiker unterstützt wird.

39 Diesen demokratischen sowie zivilgesellschaftlich geäußerten Willen haben wir zu
40 respektieren und zu unterstützen.

41 [https://almarsad.co/en/2020/01/16/statement-by-the-alliance-of-the-libyan-](https://almarsad.co/en/2020/01/16/statement-by-the-alliance-of-the-libyan-national-gatherings-on-the-moscow-meetings-on-the-libyan-conflict/)
42 [national-gatherings-on-the-moscow-meetings-on-the-libyan-conflict/](https://almarsad.co/en/2020/01/16/statement-by-the-alliance-of-the-libyan-national-gatherings-on-the-moscow-meetings-on-the-libyan-conflict/)

43 Eine deutsche Übersetzung findet sich bei Angelika Gutsche:
44 <https://www.freitag.de/autoren/gela/stellungnahme-zu-moskau-gespraechen>

45 Trotz EU-ropäischer Lippenbekenntnisse zur Demokratie stärken die
46 Friedensverhandlungen die Moslembroderschaft und deren Einsetzung der
47 sogenannten ‚Einheitsregierung‘ unter Sarradsch, die ihrerseits Unterstützung
48 aus Katar und der Türkei beziehen und die von der Bevölkerung abgelehnt werden.
49 Dabei transferiert die Türkei immer mehr Kämpfer aus Syrien nach Libyen, was die
50 Lage in Libyen belastet und ein Ende des Krieges hinauszögert.

51 Wie The Guardian berichtete, haben die syrischen Söldner direkt Verträge mit der
52 ‚Einheitsregierung‘ und nicht mit dem türkischen Militär geschlossen. Allerdings
53 hat ihnen der türkische Staat die Staatsbürgerschaft für ihren Kampf in Libyen
54 zugesagt. Daneben kommt die Türkei für medizinische Kosten und die Rückführung
55 der Toten nach Syrien auf. Den Männern wird eingeredet, sie seien in Libyen, „um
56 den Islam zu verteidigen“.
57 [https://www.theguardian.com/world/2020/jan/14/libyan-warlord-haftar-leaves-](https://www.theguardian.com/world/2020/jan/14/libyan-warlord-haftar-leaves-moscow-without-signing-ceasefire-deal)
58 [moscow-without-signing-ceasefire-deal](https://www.theguardian.com/world/2020/jan/14/libyan-warlord-haftar-leaves-moscow-without-signing-ceasefire-deal)

59 Um eine Lösung der Krise in Libyen zu erzielen, müsse laut des
60 Parlamentspräsidenten Aguila Saleh die internationale Gemeinschaft die
61 Verantwortung für die gegenwärtige Situation übernehmen, in die sie das Land
62 hineingedrängt hat. Das tatsächliche Problem seien die Milizen, die mit der
63 Moslembroderschaft in Verbindung stünden und die Länder, die sie wiederum
64 finanzieren. Diese Milizen sollten nach einem bestimmten Zeitplan entwaffnet und
65 aufgelöst werden.

66
67 Dabei kann die Türkei kein ehrlicher und erstrebenswerter Vermittler zwischen
68 den libyschen Gegnern sein. Sie verstößt systematisch gegen Resolutionen des
69 Sicherheitsrats in Bezug auf das Waffenembargo und erschwert die Bekämpfung des
70 Terrorismus in Libyen.

71 *

72
73 Die Türkei hat mit der ‚Einheitsregierung‘ das sogenannte ‚Memorandum of
74 Understanding‘ (MoU) abgeschlossen. Dieses Abkommen erlaubt der Türkei libyschen
75 Luftraum, Territorialgewässer und das Territorium ohne vorherige Absprache und
76 Genehmigung durch die libyschen Behörden zu nutzen und Militärbasen in Libyen zu
77 errichten. Außerdem hat die Türkei mit Sarradsch ein Seerechtsabkommen
78 abgeschlossen, das Öl- und Gasbohrrechte beinhaltet und das nach allgemeiner
79 internationaler Auffassung gegen das Seerecht verstößt.

80 Als Reaktion darauf haben das griechische Parlament als auch das ägyptische
81 Repräsentantenhaus Erklärungen abgegeben, in denen sie das libysche Parlament
82 beziehungsweise das Repräsentantenhaus als die einzige legitime Vertretung des
83 libyschen Volkes bestätigten.